

Christian Heideck, Zwischen Ost-West-Handel und Opposition. Die Japanpolitik der DDR 1952–1973, München: Iudicium 2014, 335 S. (= Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien, 57), EUR 38,00 [ISBN 978-3-86205-045-1]

Besprochen von **Gerhard Krebs**: Berlin, E-Mail: krebs.takeda@gmail.com

DOI 10.1515/mgzs-2015-0071

Bei der Behandlung der deutsch-japanischen Beziehungen war meist dem Verhältnis bis 1945 Raum gegeben worden, und, wenn darüber hinaus betrachtet, kaum dem zu der DDR, sondern eher zur Bundesrepublik. Christian Heideck betritt daher mit seiner Dissertation an der Universität Halle Neuland und kann neben japanischen Quellen auch die durch die Wiedervereinigung zugänglichen Dokumente aus DDR-Bestand nutzen, die wie die Akten der SED und anderer Organisationen durch die »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR« (SAPMO) im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde einsehbar sind. Die Akten des DDR-Außenministeriums dagegen wurden dem Auswärtigen Amt übergeben und unterliegen weiterhin einer dreißigjährigen Sperrfrist. Da die Untersuchung Heidecks mit dem Jahre 1973 abschließt, dürfte die Behinderung durch die Sperre aber eher gering sein. Zusätzlich konnten die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit genutzt werden, die in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) liegen.

In Japan waren erstaunlicherweise nicht die Dokumente im Archiv des Außenministeriums am ergiebigsten, sondern die der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei sowie der Gewerkschaften, die allesamt weniger Berührungspunkte gegenüber der DDR zeigten und daher deren bevorzugte Ansprechpartner waren, verstärkt durch DDR-freundliche Intellektuelle, darunter »last not least« japanische Germanisten, organisiert als »Freunde Weimars« mit der renommierten Waseda-Universität in Tokyo als Zentrum, wo auch deren Nachlass einsehbar war. Ihre Gesellschaft hatte sich 1991 aufgelöst, zwei Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, die ihr die Existenzgrundlage entzogen hatte.

Der Autor behandelt den Zeitraum von der Wiedererlangung der Souveränität Japans nach Abschluss des Friedensvertrages von San Francisco 1952 bis zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur DDR 1973. Er folgt weitgehend dem chronologischen Ablauf, setzt aber immer mal wieder thematische Schwerpunkte. Dabei untersucht er, wie die Teilung Deutschlands »auch als ungelöste Deutschlandfrage bezeichnet« und der Ost-West-Konflikt zur Zeit des Kalten Krieges die Versuche der DDR zu einer eigenständigen Japanpolitik behinderten bzw. wieweit sie eine solche erlaubten. Die enge Bindung an die USA, die schließlich als Bindeglied zwischen Tokyo und Bonn fungierte, und Rücksicht auf die fest im westlichen Verteidigungsbündnis verankerte Bundesrepublik mit ihrem ähnlichen Nachkriegsschicksal setzten der Regierung in Tokyo enge Grenzen. Ähnlich musste die DDR gegenüber Moskau vorsichtig taktieren, zumal die japanische Linke sich nach der Spaltung des Weltkommunismus mehr an die Volksrepublik China hielt. Überhaupt litt die UdSSR immer noch am Image des Verrats, weil sie im August 1945 unter Bruch des noch gültigen Neutralitätsvertrages in den Pazifischen Krieg gegen Japan eingetreten sei und sich dadurch eine gewisse Beute gesichert habe, wobei der Verlust der Süd-Kurilen bis heute von Tokyo als ungelöstes Problem angesehen wird. Die Abneigung vieler Japaner erstreckte sich damit auch auf die DDR, ein Geschöpf ihrer sowjetischen Schutzmacht.

Ob Japan, wie in Anlehnung an einen japanischen Historiker angenommen, im Laufe der Zeit wirklich in die Lage kam, einen wichtigen Beitrag bei der Formung von regionalen und überregionalen Strukturen zu leisten und sich schließlich zum geachteten Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zu entwickeln (S. 16), dürfte aber anzuzweifeln sein, jedenfalls im Vergleich mit der festen Verankerung der Bundesrepublik in Europa und im Westen. Tokyo gerät immer wieder mit seinen Nachbarländern aneinander, sei es wegen ungeklärter Territorialfragen, japanischer Wirtschaftsdominanz oder unsensibler Äußerungen von Politikern zur eigenen Geschichte.

Andererseits waren linke Parteien und Gruppierungen sowie pazifistische Strömungen in Japan sehr viel stärker als in Westdeutschland an Kontakten zum Ostblock engagiert, wenn sie sich auch meist im Lager der Opposition befanden,

wie der Buchtitel richtig wiedergibt. Ihr Drängen auf eine Verbesserung der Beziehungen und den Ausbau des Handels mit der Volksrepublik China, der Sowjetunion und schließlich auch mit der DDR verlangte der Regierung immer wieder Reaktionen ab.

Bis zum Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972 aber respektierte Japan den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch, zumal die Bundesrepublik und ihre Verbündeten als Handelspartner sehr viel wichtiger waren als das östliche Lager. Gerade das aber reizte die Außenpolitik der DDR seit Ende der 1950er Jahre, sich um Japan zu bemühen – den wichtigsten Staat mit Westorientierung in Asien, industriell hoch entwickelt und mit großem Handelspotenzial – und es zumindest etwas näher an das eigene Lager heranzuführen. Wegen des hohen japanischen Düngemittelbedarfs war die DDR als Produzent von Kali seit Mitte der 1950er Jahre von Interesse, sodass schließlich der Handel auch mit anderen Produkten allmählich in Gang kam.

Überzeugend arbeitet der Autor die Tatsache heraus, dass der ostdeutsche FDGB und die Parteistellen mit allen möglichen getarnten Unterorganisationen propagandistisch und durch Kontakte oppositionelle Kreise Japans anfeuerten: »Sozialistische und Kommunistische Partei, pazifistische und anti-amerikanische Aktivisten«. Damit verschaffte sich die DDR naturgemäß keine Freunde im Tokyoter Regierungslager. Das war besonders während der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen um die Verlängerung des Sicherheitsvertrages mit den USA 1960 und dann in abgeschwächter Form wieder 1970 der Fall. Besuchswünsche von ostdeutschen Politikern und Aktivisten wurden von der Regierung in Tokyo, auch unter Einwirkung Bonns, lange Zeit meist abschlägig beschieden. Der Bundesregierung gelang es sogar, den Plan einer Ausstellung von Kunstschätzen aus der Dresdner Gemäldegalerie zu Fall zu bringen. Stattdessen hielten Besuche westdeutscher Politiker in Japan, wie der des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt 1959 und Bundeskanzler Konrad Adenauers 1960, die Deutsche Frage im Gespräch.

Im Gegensatz zu den behinderten Reisemöglichkeiten für DDR-Vertreter fanden japanische Intellektuelle, Gewerkschaftler und Vertreter der Linksparteien durchaus leicht ihren Weg in den Osten Deutschlands, knüpften dort Beziehungen und fungierten in ihrem Land quasi als Interessenvertreter des »anderen Deutschland«. Der Japanologe Gerhard Mehnert in Ost-Berlin war besonders rüh- rig bei der Kontaktpflege.

In den 1960er Jahren verstärkten sich der Kultur- und Wissenschaftsaustausch mit Japan inklusive der Abhaltung von »Freundschaftstagen«, messbar auch an den Sympathiekundgebungen japanischer Germanisten für die DDR (dazu im Druck R. Shindo, Weimar in der Japanpolitik der SED/DDR in den 60er und 70er Jahren. Zur Kulturpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. In:

ZfG). Noch versuchte die Bundesrepublik, durch eine Verstärkung ihrer Kulturarbeit gegenüber Japan diesem Trend entgegenzuwirken (siehe Sven Saaler, Japanisch-Deutsche Wissenschaftsbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Tokyo 2014), aber mit der neuen Bonner Ostpolitik eröffneten sich auch für Tokyo ab 1969 neue Spielräume. Ab Ende des Jahres wurde ein ständiger Vertreter des DDR-Außenhandels in Japan zugelassen.

Nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages am 21. Dezember 1972 wurde Japan grünes Licht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR gegeben, die im Mai des folgenden Jahres verkündet wurden. Damit fand auch das deutsch-deutsche Tauziehen, das in Japan schließlich in zunehmendem Maße nur noch als nervtötend empfunden worden war, ein Ende.